

⇒ **Stephanie Simon**

Rechte Narrative sozialstaatlicher Forderungen im Kontext der Bekämpfung von Armut

Als wäre es nicht genug, mit dem putin'schen Angriffskrieg auf die Ukraine und seinen spürbaren Folgen Inflation, Energiekrise und absehbar steigenden Armutszahlen tagtäglich konfrontiert zu werden, setzt sich seit Ende September ein bereits in der Corona-Pandemie bekanntes Bild in der Berichterstattung der medialen Landschaft sowie

Stephanie Simon, *1989 in Hanau, Studium an der Universität Kassel in Soziologie/Psychologie (BA) und Empirische Bildungsforschung (MA), Promotion in den Erziehungswissenschaften, aktuell wissenschaftliche Mitarbeiterin (Post-Doc) am Institut für Sozialpädagogik der TU Dortmund und Vorstandsmitglied des ITES – Institut für Theorie und Empirie des Sozialen, e.V., Forschungsschwerpunkte: Armut und Bildung; Kindheitsforschung; rechte Dynamiken im Feld der Bildung & Erziehung; qualitativ-rekonstruktive Forschung. Veröffentlichungen zum Thema: (gem. mit Wener Thole) Die braune Melange »konservativ-revolutionärer« Erziehung. Zum naturgegebenen Programm einer christlich-fundamentalistischen, national-autoritären Erweckungsphilosophie, in: Sehmer u.a. (Hg.): recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen (2021); (gem. mit Wener Thole) Der Kältestrom des »solidarischen Patriotismus«. Über nationalkonservativen Neoliberalismus und nationalistisch getönte »Kapitalismuskritik« – sozialpolitische Narrative der neuen Rechten, in: Chehata u.a. (Hg.): Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit (2021) (gem. mit Wener Thole) Kein Platz für rechte Ideologien, in: DJI Impulse, 1/2021; (gem. mit Wener Thole u.a.) Neue Rechte, Rechtspopulismus und Soziale Arbeit, Sozial extra, 4/2022. ORCID: 0000-0002-2376-1836

DOI: 10.18156/eug-2-2022-art-5

auf den Straßen nicht nur ostdeutscher Städte zusammen: Proteste besorgter Bürger*innen, die den Schulterchluss mit rechten Akteur*innen nicht scheuen – oder gleich ganz konkret von diesen organisiert werden.

Nachdem in Leipzig »Die Linke« Anfang September mehrere Tausend Teilnehmer*innen mobilisieren konnte, denen sie einen »heißen Herbst« versprach und deren Demonstration sich letztlich augenscheinlich erfolgreich von rechts abgrenzen konnte¹, versammelten sich keinen Monat später am »Tag der Deutschen Einheit« im thüring'schen Gera knapp 10.000 Protestierende, um gegen die Politik der Bundesregierung auf die Straße zu gehen – insgesamt kam es in zahlreichen (Klein-)Städten zu entsprechenden Aufmärschen und Demonstrationen, wie der mdr be-

(1) Wie Luise Mosig in der Jungle World vom 8. September 2022 schrieb: <https://jungle.world/artikel/2022/36/angewaernte-melange> [Letzter Zugriff am 21.10.2022]

richtete². Dabei wurden Narrative und Bilder verwendet, die z.T. an die verschwörungsideologisch aufgeladenen Proteste in der Covid-19 Pandemie erinnerten (dazu auch Lamberty et al. 2022): der Staat sowie dessen Repräsentant*innen fungieren darin als »Sündenbock« für erlebte Einschränkungen³. Als Redner*innen waren in Gera bekannte Szenengrößen wie der verschwörungsideologisch argumentierende Publizist Jürgen Elsässer (compact-Magazin) oder der völkische Rechtsextremist Björn Höcke (AfD) vertreten⁴. Diese rechtspopulistische bis neonazistische Melange knüpft an die Montagsdemos von Pegida an, nutzt aber auch das Mobilisierungspotential der gegenwärtigen Krisen, das bereits in der Corona-Pandemie spürbar war und den esoterischen und verschwörungsideologischen Milieus Sichtbarkeit beschert hat (dazu auch Frei et al. 2021).

Unterdessen liegen neben den bereits zitierten, weitere wissenschaftliche Beobachtungen und Befunde zu den darüber gesteigerten rechten Dynamiken in der Gesellschaft vor und es besteht weitestgehend Einigkeit darüber, dass es nur eines kleinen Spagats über antisemitische⁵ Narrative und autoritäre Vorstellungen, Bilder und Rhetoriken bedarf, um von Verschwörungdenken oder Esoterik zu rechtsoffenem Gedankengut und Sprech-Wut⁶ zu gelangen (dazu u.a. auch Amlinger 2021; Henschel 2021; Hessel et al. 2022)⁷.

(2) <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/gera/demonstration-politik-bundesregierung-protest-100.html> [Letzter Zugriff am 21.10.2022]

(3) Während in der Corona-Pandemie es v.a. die staatlich umgesetzten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie waren, die Politiker*innen wie Karl Lauterbach in den Fokus der Corona-Leugner*innen, Impfskeptiker*innen und »Schwurbler*innen« als Zielscheibe deren »Kritik« rücken ließen, werden in der gegenwärtigen Situation insbesondere Politiker*innen und deren Haltung zu Russland verantwortlich für die durch den Angriffskrieg entstehenden Folgen gemacht.

(4) <https://www.belltower.news/hoেকে-rede-rechtsextreme-allianz-in-gera-und-andere-demos-zum-3-oktober-139775/> [Letzter Zugriff am 21.10.2022]

(5) Damit sind insbesondere solche Rhetoriken gemeint, die von einer im geheimen agierenden politischen Elite ausgehen, welche undemokratisch Entscheidungen treffe und so das öffentliche Leben steuern würde.

(6) Ich benutze hier den Begriff der Sprech-Wut, angelehnt an die Begriffe Hate-Speech (Hassrede) und Wutbürger und versuche darüber noch stärker den subjektiven Charakter und die Empfindungen der Akteur*innen Rechnung zu tragen.

(7) Caroline Amlinger und Oliver Nachtwey (2021) schreiben dazu etwa mit Bezug zu U. Beck (1986): »Es [das spätmoderne Subjekt] protestiert auf der Ebene der Wirklichkeitsdeutung (und ihrer Verleugnung) gegen jene politischen Entscheidungen, die es in seiner Deutungs- und Handlungsmacht einschränken« bei gleichzeitigem Festhalten an Freiheitsversprechen und meritokratischem Ideal, wodurch es zu vielfältigen Frustrationen und Unsicherheiten

⇒ 1 Rechte Dynamiken und kulturelle Brücken in Bezug auf Armut

Mit dem Begriff der rechten Dynamiken möchten Julian Sehmer und Kolleg*innen (2021) vor dem Hintergrund des Einzugs der Alternative für Deutschland (AfD) in alle deutschen Landesparlamente und den Bundestag, die seit Jahrzehnten andauernde Polizeigewalt und -versagen von den Pogromen bspw. in Rostock-Lichtenhagen (1992), über die Ermordung Oury Jallohs (2005) bis hin zu den strukturellen Versäumnissen und Verstrickungen im Kontext der Ermittlungen zum NSU-Komplex oder zuletzt dem rechtsterroristischen Anschlägen in Halle (2019) und Hanau (2020), darauf aufmerksam machen, dass a) diese rechten Dynamiken sich in stetigem Wandel befinden, b) darüber hinaus in allen Poren der Gesellschaft aufzufinden sind und c) »rechte Dynamiken auch aus Resonanzräumen in zivilgesellschaftlichen Feldern bestärkt werden«. Daher lassen sich diese »gesellschaftlichen Räume, zivilgesellschaftlich wie staatlich, nicht als voneinander abgeschottet [...] verstehen« (Sehmer et al. 2021, S. 6). Besonderer analytischer Berücksichtigung kann dabei »kulturellen Brücken« (Lob-Hüdepohl 2018, S. 253) zwischen unterschiedlichen Milieus zukommen, die in offenen oder subtilen Ungleichwertigkeitsideologien vorgebracht und verpackt werden in z.T. (ver)harmlosen(den) und/oder etablierten Narrativen, Bildern und Rhetoriken. Diese »kulturellen Brücken« schließen an etablierte Weltdeutungen an und sind als solche deshalb umso deutlicher zu analysieren und zu benennen, um diese bearbeitbar zu machen. Dabei stehen nicht einzelne Akteur*innen⁸ im Zentrum der Betrachtung, sondern die von ihnen vorgetragenen Deutungsangebote im Sprechen und Schreiben über den Sozialstaat.

Die Autoritarismus-, oder Mitte-Studien (zuletzt Decker/Brähler 2021, 2022) heben immer wieder in unterschiedlichen Nuancierungen das konstante Viertel der Gesellschaftsmitglieder hervor, das sich über Einstellungen auszeichnet, die sich dem Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) zuordnen lassen. Darunter werden ablehnende Einstellungen verstanden, die Menschen in Bezug auf bestimmte (zugewiesene) Gruppenzugehörigkeiten entwickeln, so etwa rassistische, antisemitische oder ableistische Einstellungen. Obschon diese Studien der Einstellungsforschung zuzuordnen sind, verweisen

komme, für die Verschwörungserzählungen eine Lösung durch Komplexitätsreduktionen anbieten.

(8) Auch wenn dies durch die Darstellung, und die Kennzeichnung der Zitate bisweilen so scheint, geht es stärker um das »was« und »wie« etwas gesagt wird, also um die Sprech- und Schreibpraktiken, als um die konkreten Akteur*innen.

sie durch ihre Kontinuität auf eine strukturelle Verankerung der verschiedenen Dimensionen der GMF in der Gesellschaft und damit auch auf strukturelle Aspekte solcher ablehnenden Haltungen.

Diesbezügliche strukturelle Menschenfeindlichkeiten wie Rassismus, Klassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit oder Misogynie bezeichnet Werner Thole (2020) als »problematische Ablehnungskonstruktionen« und markiert sie damit nicht genuin als Einstellungen, sondern als soziale Sachverhalte. Der Begriff wendet sich ab von einer individualisierten oder psychologisierenden Ausdeutung, fokussiert aber dennoch die Akteur*innen in ihrer Relationalität zu den o.g. Strukturierungen, die sie durch das Teilen ihrer problematischen Ablehnungskonstruktionen fortwährend reproduzieren. Der Begriff verweist auf die von Akteur*innen erzeugten Konstruktionen, die mit hierarchischen und hierarchisierenden Klassifizierungen verbunden sind, und holt dadurch den gesellschaftlichen Aspekt von sozialen Konstruktionen und Klassifikationen ein. Damit lässt sich auf die gesellschaftliche Relevanz derartiger Konstruktionen in gesprochener oder geschriebener Sprache hinweisen. (vgl. ähnlich auch Möller et al. 2016)

Wilhelm Heitmeyer (2018) macht für das Syndrom der GMF gesamtgesellschaftlich den »autoritären Kapitalismus« verantwortlich und sieht eine Ursache der Zunahme solcher Tendenzen in den um sich greifenden kapitalistischen Logiken auch des Sozialen. Diese können als ein »Ökonomismus« bezeichnet werden, der also auch die Praktiken des sozialen Miteinanders strukturiert⁹ (Heitmeyer 2018, S. 129ff.; auch Bröckling 2007; Habermas 1981). Im GMF-Survey wird Ökonomismus über Zustimmungen zu Items abgefragt wie etwa »Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten« oder die Frage danach, ob es »Dinge gebe, die wichtiger sind als die Beziehungen zu anderen« (Heitmeyer 2018, S. 132). Insbesondere die Abwertung von sozialen Gruppen, denen »aufgrund solcher Einstellungen eine besonders geringe Nützlichkeit, Effizienz und Verwertbarkeit zugeschrieben wird: Langzeitarbeitslose, Obdachlose, Behinderte und Fremde«

(9) Eine weitere dem nahestehende Dimension ist die »Responsibilisierung«, die insbesondere auf individualisierende Aspekte der sozialen Positionierung abzielt (Heitmeyer 2018, S. 134f.) sowie der »unternehmerische Universalismus« und eine Wettbewerbsideologie, die insgesamt von Eva Groß und Andreas Hövermann (2018, S. 110) als »ökonomisch-neoliberal gefärbte Art der Menschenfeindlichkeit« beschrieben wird, »bei der sich gesellschaftliche Aus- und Abgrenzungsprozesse mit weit geteilten Bestrebungen nach Selbstoptimierung, Selbstvermarktung und Wettbewerb verbinden und somit in großen Teilen der Gesellschaft anschlussfähig werden«.

(Heitmeyer 2018, S. 132), sticht hierbei in Form einer »rohen Bürgerlichkeit« (Heitmeyer 2012) als Abgrenzung »nach unten« hervor und legitimiert restriktive Sozialpolitiken wie die Sanktionen im Bezug von ALG-II, die im Herbst 2022 erneut zur Debatte standen.

Natascha Strobls Analysen (2021) nehmen dahingegen stärker das politische Feld insgesamt in den Blick und den dort kursierenden »radikalierten Konservatismus«, den sie in verschiedenen Ländern beobachtet. Sie hebt hervor, dass dieser Konservatismus ein »eigenständiges ideologisches Inventar« besitzt und sich insbesondere darüber auszeichnet, dass dieser »Ungleichheit für das Funktionieren von Gesellschaft [als] konstitutiv« ansieht und er die Vorstellung vertritt, dass »klare Hierarchien [qua Geburt] die soziale Ordnung« sichern (Strobl 2021, S. 11). Dieses Programm, das einfache Lösungen für komplexe gesellschaftliche Probleme verspricht, scheint auf politischer Ebene zunehmend erfolgreich zu sein. Dabei lässt sich eine klare kulturelle Brücke zur extremen Rechten identifizieren, welche nicht nur Ungleichwertigkeitsideologien vertritt, sondern diese auch zur Legitimation von Gewalt zur Verteidigung der eigenen faschistischen Ideologie nutzt (Strobl 2021, S. 15f.).¹⁰ Auch N. Strobl plädiert dafür, keine »Brandmauer zwischen [den einzelnen Strömungen] zu errichten«, sondern die »fließenden Übergänge genauer anzuschauen und [...] präzise zu benennen« (Strobl 2021, S. 19).

In diesem Beitrag möchte ich anhand des in den gegenwärtigen Protesten sich artikulierenden Unmutes rechter Akteur*innen in Bezug auf die Rolle des Sozialstaats bei der Bearbeitung oder Bekämpfung von Armut exemplarisch skizzieren, welche Narrative im Kontext sozialer Ungleichheiten dort bedient werden. Dafür greife ich zum einen auf eigene Analysen (Thole/Simon 2022) über das neurechte exkludierende Programm des »solidarischen Patriotismus« zurück (Kap. 2), zum anderen betrachte ich exemplarisch aktuelle Rhetoriken und Narrative in den rechtspopulistischen und neurechten, sich als intellektuell verstehenden Milieus im Kontext der gegenwärtigen Krisen (Kap. 3), und arbeite heraus, was dort vom Sozialstaat gefordert wird. Anschließend versuche ich die kulturellen Brücken in und zu der sogenannten »Mitte« diesbezüglich herauszustellen (Kap. 4) und diskutiere, inwiefern und

(10) Gleichzeitig hebt N. Strobl jedoch auch die Unterschiede hervor: »Konservatismus ist eine Herrschaftsideologie zur Absicherung bestehender (Besitz-)verhältnisse. Faschismus ist eine Ideologie, die – durch einen (gewissen) Austausch der Machteliten – die bestehende politische Ordnung überwinden möchte«, zudem spielt auch die Religion – im Konservatismus der Vernunft des Menschen als gleichwertig angesehen – im Faschismus keine klare Rolle.

wieso sich hier von einer Wahlverwandtschaft der beiden Positionen sprechen lässt (Kap. 5).

⇒ 2 Armut und soziale Ungleichheiten – (Un)Sagbarkeiten (von rechts)

Dass die Zahlen der Menschen, die in Armutslagen leben, konstant hoch sind, machen die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung seit gut 20 Jahren immer und immer wieder deutlich (zuletzt BMAS 2021). Gegenwärtig sind laut dem aktuellsten Bericht des Paritätischen Gesamtverbandes (2022) 13.8 Mio. Menschen von Armut bedroht respektive befinden sich in einer Lebenslage, die sich über Armutserfahrungen auszeichnet. Dies entspricht 16,6 % der Gesamtbevölkerung. Auffällig ist dabei, dass lediglich 5,5 % der armutserfahrenen Menschen in dem Sinne erwerbslos sind (Paritätischer Gesamtverband 2022) und damit konstatiert werden kann, dass Lohnarbeit kein Garant für ein Leben abseits von Armutserfahrungen darstellt. Zudem befinden sich lediglich 26,8 % der armutserfahrenen Menschen in Erwerbstätigkeit; während 20,7 % der armutserfahrenen Menschen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind und 23,5 % aller Armutserfahrenen in Rente (Paritätischer Gesamtverband 2022). Durch die gegenwärtige Inflation und die Teuerungen insbesondere bei den Energie- und Lebensmittelpreisen werden – so ist im Herbst 2022 absehbar – die Armutsquoten zunehmen.

Nicht nur quantitativ, auch qualitativ lassen sich Einschränkungen für armutserfahrene Menschen konstatieren. Olaf Groh-Samberg und Kolleg*innen etwa zeichnen im aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht nach, dass die Verweildauer in Armutsrisikolagen zunimmt (BMAS 2021), es also zunehmend auch zu einer Normalisierung von Armutserfahrungen kommt (dazu bspw. Lutz 2022, S. 404). Indem auch sozialpolitisch nicht mehr die Bekämpfung von Armut im Fokus steht, sondern die Linderung von Armutsfolgen, können Präventionsprogramme oder ergänzende, zivilgesellschaftlich getragene Angebote, wie die Tafeln, mit Ronald Lutz (2022, S. 408) als »Antworten einer neoliberalen Gesellschaft auf die Zumutungen der Armut« verstanden werden.

Statt breit für Solidarität mit allen armutserfahrenen Menschen zu werben, wird und wurde im medialen, politischen und wissenschaftlichen Diskurs in den letzten Jahren immer wieder hervorgehoben, dass es zum einen armutserfahrene Menschen seien, die die AfD wählten (dazu etwa Kohlrausch 2022), oder, etwas verklausulierter argumentiert, dass es insbesondere Abstiegsängste und Armutserfahrungen

der Menschen seien, die bestimmte Milieus, insbesondere in Ost-Deutschland anfälliger für rechtspopulistische Agitationen machen würden. Diese These lässt sich jedoch u.a. mit Ina Schildbach (2019) korrigieren: Das Problem sind weniger die Wahlentscheidungen armutserfahrenen Menschen, sondern, dass die »soziale Frage« überhaupt von rechten Parteien und Akteur*innen aufgenommen und bespielt wird und erst darüber auch in den aufgerufenen Milieus anschlussfähig wird.

Dennoch existiert in der Gesellschaft weiterhin das, was bspw. Karl-August Chassé (2010) über den Diskurs um die sog. »neue Unterschicht« herausgearbeitet hat: Armutserfahrene Menschen werden gesamtgesellschaftlich stigmatisiert und für ihre Lage responsabilisiert. In Chassés Analysen standen v.a. auch die Narrative im konservativen Spektrum im Fokus. Derartige Analysen (dazu u.a. auch das Themenheft der Widersprüche, 2005 oder der Sammelband zur »Sarrazindebatte« von Sebastian Friedrich, 2020) haben bis heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Viel mehr noch: die oben zitierten Befunde zu ökonomistischen Einstellungen in der Gesellschaft (Heitmeyer 2018) machen deutlich, dass sich derartige abwertende Positionen verfestigt haben. Über klassistische und/oder rassistische Narrative werden die historisch tradierten Bilder der »würdigen« und »unwürdigen« Armen zunehmend reaktualisiert und gegenübergestellt, wobei als die »Unwürdigen« diejenigen hervorgebracht werden, denen zugeschrieben wird, nicht arbeiten zu *wollen*. Dabei werden jedoch nicht alle Formen von Arbeit anerkannt, sodass das »Lumpenproletariat« nicht nur historisch, sondern gegenwärtig mit moralisierenden Argumentationen, wenn auch nicht mit diesem despektierlichen Begriff, den (im Normalarbeitsverhältnis) arbeitenden Menschen gegenübergestellt wird (dazu auch Wimmer 2021). In einigen Analysen wird die Rolle des aktivierenden Sozialstaates bei der Beförderung oder Reaktualisierung solcher Bilder und Deutungen hervorgehoben (z.B. Kessler et al. 2012; Groß/Hövermann 2018).

Etwas anders verhält es sich mit den Narrativen über Sozialpolitik und sozialpolitische Forderungen in Bezug auf die Bekämpfung von Armut, die von den sogenannten Intellektuellen der »neuen Rechten« vorgebracht werden. In seinem im Antaios-Verlag erschienenen Buch »Solidarischer Patriotismus« greift der neurechte Philosoph Benedikt Kaiser (2020) beispielsweise konsequent auf die oben zitierten Armuts- und Reichtumsberichte zurück, knüpft an die Prekarisierungsforschung und an einschlägige Soziolog*innen an, die zur Thematik forschen und schreiben. Kurzum: Er argumentiert auf Basis wissenschaftlicher Befunde für eine Bekämpfung von Armut – was T.W. Adorno (1959/2019,

S. 44f.) als den »Trick« des »Konkretismus« beschreibt, ein Anhäufen von Daten und Befunden, denen man zunächst nichts entgegensetzen kann. Jedoch: Kaiser (2020) trägt seine Forderungen und auch seine Deutungsangebote mit den klassischen Ungleichwertigkeitszuschreibungen vor. So wird etwa gefordert, dass sozialstaatliche Leistungen an Staatsbürgerschaft geknüpft werden sollen und mit völkischer Ideologie über Solidarität der als exklusiv modellierten, weil nicht über Migrationsgeschichten verfügenden, Bevölkerung argumentiert. Obschon Kapitalismuskritik antisemitisch garniert und verschwörungsrhetorisch verpackt wird und der Text kein Vertrauen in sozialstaatliche Institutionen zu teilen scheint, plädiert er für eine stärkere Berücksichtigung einer Fördern-Fordern Logik des aktivierendenden Sozialstaates (dazu auch Thole/Simon 2022). Bei Kaiser wird also bestimmten Gruppen von Menschen – Einwanderer*innen, Ausländer*innen, geflüchtete sowie migrantisierte Personen – zugeschrieben, für die gegenwärtigen steigenden ökonomischen Ungleichheiten verantwortlich zu sein. Rassistisch argumentiert sind also die responsabilisierten Gruppen per se »schlechte Arme«, denen pauschal unterstellt wird, die Sozialleistungssysteme ausnutzen zu wollen und darüber Armut zu produzieren. Da die so modellierte Gruppe zudem als faul hervorgebracht wird, lässt sich für einen starken Staat plädieren, der härtere Forderungen und Sanktionen in Bezug auf Sozialleistungen umsetzen sollte.

Ina Schildbach (2019, S. 79f) zeichnet eine ähnliche Verbindung von Migrationspolitik und Sozialpolitik bei der AfD nach, die in ihrem Parteiprogramm von 2017 einen »elementaren Zusammenhang zwischen materiellen Sorgen und einer nationalistischen Antwort« konstruiert. Im Parteiprogramm der AfD von 2020 wird dahingegen eine »aktivierende Familienpolitik« favorisiert, die dem demographischen Wandel und der steigenden Altersarmut etwas entgegensetzen soll. Denn die »Funktionsfähigkeit großer Teile unseres Sozialstaates« (AfD 2020) sei durch die niedrigen Geburtenraten in Deutschland in Gefahr. Die AfD behauptet etwa in ihrem Grundsatzprogramm, dass »[e]ine Steigerung der Geburtenrate auf ein bestandserhaltendes Niveau von 2,1 Kindern pro Frau [...] die einzige Möglichkeit zur Stabilisierung und zum Erhalt unserer Sozialsysteme [sei], aber auch zur Bewahrung unserer Kultur und zum Fortbestand unseres Volkes« (AfD 2020). Damit wird abermals deutlich, dass die AfD die Lösung für staatliche finanzielle Engpässe in Bezug auf Leistungserbringungen nur auf individualisierter Ebene lokalisiert und auslagert, nicht etwa in Programme zur Umverteilung. Traditionelle Familienkonstellationen und Lebensformen sollten stärker finanziell entlastet werden (z.B. über ein Betreuungsgeld die ersten drei Jahre oder einen »Ehe-Start-Kredit zur Familiengründung«, AfD 2020)

und eine »Zuwanderung [sei] keine Lösung«. Daran wird auch deren ethnopluralistisches, rassistisches Menschenbild deutlich: »Der überwiegende Teil dieser Migranten« würde »im Bildungssystem scheitern, keine qualifizierten Tätigkeiten übernehmen können und dauerhaft auf staatliche Transferleistungen angewiesen sein« (AfD 2020). Es schwingt also durchgängig Skepsis und Misstrauen anderen Menschen gegenüber mit. Armut findet sich lediglich über Altersarmut aufgerufen, die über einen Anstieg der Geburtenrate bekämpft werden soll.

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass rechte Narrative sowohl des demokratisch legitimierten, rechtsextremen Spektrum als auch des intellektualistischen neurechten Milieus an altbekannte, stigmatisierende und pauschalisierende Rhetoriken anknüpfen. Diese sind keineswegs ein Spezifikum der rechten Szene, sondern schmiegen sich vielmehr an Dynamiken an, die ähnliche Argumentationen und Rhetoriken ebenfalls in tradierten Bildern über armutserfahrene Menschen reproduzieren.

Auch für die aktuellen Krisen lässt sich ein gänzlich anderes, jedoch in seiner Struktur ähnliches Narrativ finden, das die steigende Armut als ausschließlich von der Bundesregierung und deren Sanktionen gegen Russland produziert versteht, insbesondere in den Sozialprotesten von »rechts«, bspw. bei »Handwerker für den Frieden« oder ähnlichen friedensbewegten Gruppierungen. Politiker*innen, insbesondere der Ampel-Parteien werden dort in populistischer Manier (Mudde und Rovira Kaltwasser 2017) als Sündenböcke modelliert und für Inflation, Teuerungen und steigende Armutsquoten persönlich verantwortlich gemacht. Konkrete sozialpolitische Forderungen finden sich dementsprechend kaum.

⇒ 3 Was »neue rechte« Akteur*innen an Sozialstaatlichkeit fordern

Dementsprechend steht in den aktuellen sogenannten Sozialprotesten von rechts, obschon es um sozialpolitische Themen zu gehen scheint, im Grunde *nicht wirklich* das Thema Sozialpolitik im Zentrum, sondern es geht darum, bestimmte Politiker*innen – hier v.a. die Grünen – für die Energiekrise verantwortlich zu machen. Während jedoch der neurechte Verleger Götz Kubitschek¹¹ bspw. Ende August dazu aufrief, sich nicht »naiv und mit übertriebenen, irrationalen Erwartungen« an den Sozialprotesten zu beteiligen, fahren populistische Akteur*innen

(11) <https://sezession.de/66365/herbst-empoeerung-grundsaeetze-2-lenkung> [04.11.2022]

wie Sahra Wagenknecht¹² eine ähnliche Rhetorik. Dass rechtsradikale Akteur*innen aus dem völkischen Milieu wie etwa Björn Höcke, die Proteste ausschließlich zur Mobilisierung nutzen, macht ein Blick in seine Rede an der oben bereits erwähnten Großdemo in Gera am 3.10.2022 deutlich. Dort finden sich Hetze gegen LGBTQI*-Personen («Regenbogenimperium»), völkischer Rassismus und weitere »Klassiker« aus dem autoritär-nationalistischen Lager, jedoch keinerlei Forderungen an den Sozialstaat. Auch beim Blick in Forderungen von Kleinstgruppierungen wie etwa den »Handwerkern für den Frieden« tauchen Forderungen an den Sozialstaat oder Narrative über den Sozialstaat kaum auf. Bei einem massiv vorgetragenen Misstrauen und Demokratieverdross wird die Bundesregierung als »die da oben« rechtspopulistisch diffamiert, und dies mit dem antisemitischen Motiv der fremdgesteuerten Marionetten vermengt. Rechte Narrative behaupten einen verlorengegangenen Fokus der Sozialpolitik

Alice Weidel (AfD) kommuniziert, so berichtet es der »Spiegel« vom 26.10.2022¹³, dass deren Partei in Anbetracht der starken Konkurrenz durch Sahra Wagenknecht ihr »sozialpolitisches Profil« zu schärfen habe. Auch Benedikt Kaiser hebt anlässlich dessen in der Sezession am 29.10.2022¹⁴ hervor, dass »soziale und patriotische Anliegen« zusammengedacht werden müssten, um dem »neoliberalen Sumpf der Mitte« (Kaiser 2019) etwas entgegensetzen zu können. Mit Hinweis darauf, dass sich die Linke bald selbst zerreiße, gelte es daher, »sozialpolitische Profilschärfung ganz oben auf die Tagesordnung aller AfD- und JA-Gliederungen zu setzen. Die Konvergenz der Krisen erlaubt diesbezüglich keine Untätigkeit« (Kaiser, 29.10.2022).

Hingegen fantasiert Heino Bosselmann in der Sezession am 1. November 2022¹⁵: »Phänomenal, wie das einst marktwirtschaftlich-leistungsfähige und auf liberalen Grundvereinbarungen basierende System der

(12) Auf ihrem YouTube Kanal begründet sie etwa am 20.10.2022 »warum die Grünen [...] die heuchlerischste, verlogenste, abgehobenste, inkompetenteste und gemessen an dem realen Schaden, den sie verursachen, derzeit auch die gefährlichste Partei im deutschen Bundestag sind«. <https://www.youtube.com/watch?v=bQNsHivR9AU> [04.11.2022]

(13) <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-alice-weidel-sieht-partei-von-sahra-wagenknecht-als-konkurrenz-a-120e1e12-83ce-4802-9dd3-7c80d05b5a1a> [02.11.2022]

(14) <https://sezession.de/66676/sammelstelle-fuer-gedrucktes-56-weidels-aufschlag?hilite=Sozialpolitik> [02.11.2022].

(15) <https://sezession.de/66694/berliner-neosozialismus#sez-comments> [Letzter Zugriff 02.11.2022]

Bundesrepublik evolutionär in den Sozialismus¹⁶ hinüberwächst«, für das er die SPD und die FDP verantwortlich macht, die in seinen Augen ein »Bürgergeld-Sozialismus« einführen wollen. An anderer Stelle werden tendenziös Zahlen der aus der Ukraine geflüchteten Menschen und deren Leistungserhalte fabuliert. Hier wird an das Wording der CDU (»Sozialtourismus«, Friedrich Merz, s.u.) angeknüpft. Die Einführung von Hartz-IV wird als »genau das Richtige, weil unmittelbar Notwendige« gerahmt und das Bürgergeld (dazu auch Kerle 2022) verteuert.

»Fremde« – (nicht nur) in der rechten Szene sind damit u.a geflüchtete Menschen aus der Ukraine gemeint – würden »einen großen Posten Staatsvermögen« erhalten, während das Bürgergeld – so ein klassistischer Anknüpfungspunkt – »Anreize zum Arbeiten mindern« würde. Bosselmann proklamiert: »Wenn der Staat [...] immer mehr Leistungsempfänger über die Steuern von immer weniger Leistungsträgern alimentiert [...] und zudem alljährlich hunderttausende Migranten einlädt, hier »Teilhabe« genießen zu können, wird er dafür zu seiner Rechtfertigung die politische Propaganda intensivieren und das Menschenbild revidieren [...] weniger denn je« stünde »der anstrengungsbereite Vollzeitbeschäftigte im Mittelpunkt, im Gegenteil: Die Aufmerksamkeit [...] gehör[e] den Unfähigen, Unwilligen und Undankbaren« – als solche werden also nicht nur Leistungsbezieher*innen per se modelliert, sondern auch der rassistische Prototyp des männlichen Migranten und beides z.T. gleichgesetzt, mindestens aber vermengt.

Gegenübergestellt werden diesen, bei Bosselmann, aber auch im oben skizzierten AfD-Programm, die fleißigen »Minimalrentner«, die lebenslang in die Rentenkassen eingezahlt haben. Angst wird geschürt vor »nordafrikanischen Zuwanderern«, »ukrainischen Sozialtouristen« und »russischen Deserteuren – und diese als Belege für eine massenhafte »Einwanderung in die Sozialsysteme« genommen. Aber auch klassistische Ressentiments unterstellen der nicht eingewanderten Bevölkerung ein Ausnutzen der Sozialsysteme: »und wer seine Mittel nach Maßgabe des Sozialgesetzbuches bezieht, heizt bislang ganz ohne Limit« – mit Anspielung auf die staatlichen Aufrufe zum Energiesparen.

(16) Hier findet sich auch das Schreckgespenst des Sozialismus (dazu auch Adorno 1959/2019, S. 10f.), im Text führt Bosselmann weiter aus: »Die Antifa« und »der Klimaschutz« werden euphemistisch als »revolutionäre Garden« mit »maoistisch anmutender Radikalisierung« dargestellt, die Schutz vom »Gesinnungsstaat erhielten, der allem »Anti-Gebaren mit »vorausgehendem Gehorsam« folge. Er behauptet eine »kulturrevolutionäre Umwälzbewegung über die Links- und Grünparteien«, welche einen »Ideologiesozialismus« hervorbrächten.

Bosselmann resümiert: »Wer jetzt noch auf Kraft, Selbstüberwindung und Eigenverantwortung setzen wollte, gilt nicht mehr als liberal, sondern lange schon als rechts.« Die Kuriosität dieser Argumentation besteht darin, dass die gegenwärtige Sozialpolitik gleichzeitig kritisiert sowie unterstützt wird. Die feindliche Agitation richtet sich rassistisch und klassistisch gegen Bedürftige, Schutzsuchende und Armutserfahrene, weniger gegen die Sozialpolitik in Bezug auf die Bekämpfung von Armut der Bundesregierung, aber gleichwohl gegen deren Vertreter*innen.

⇒ 4 Rhetoriken in Bezug auf Sozialstaat der »Mitte« – Brücken und Dynamiken

Bereits vor Beginn des russischen Angriffskrieges wurden seitens verschiedener Akteur*innen Apelle zum Sparen vorgetragen, unter die sich auch klassistische Rhetoriken mischten, etwa als Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) meinte, eine »[v]ollständige Übernahme [der Energiekosten] lädt immer dazu ein, dass man dann die Heizung aufdreht und das Fenster aufmacht«, es müsse ja auch noch Anreize geben – womit er nicht nur stigmatisierende Ressentiments bedient, sondern auch die Fördern-Fordern-Logik verteidigt. Argumentiert wurden Spar-Apelle z.T. auch aus Solidarität mit der Industrie (Peter Adrian, Präsident des IHK-Tages¹⁷). Diese Rhetoriken leisteten mindestens einer Individualisierung eines gesamtgesellschaftlichen vielschichtigen Problems von Energieknappheit, Kriegszustand und kapitalistischem Zustand der Welt Vorschub.

Ein Blick in die in den letzten Monaten aufgeschienenen Rhetoriken auf Seiten der Opposition machen zudem das hoch anschlussfähige Potential kultureller Brücken zwischen rechten Positionen und solchen im Spektrum der sog. politischen Mitte deutlich. So griff Friedrich Merz (CDU) Ende September in einem Interview mit Bild-TV das, wie Recherchen des WDR-Politikmagazins Monitor zeigten, von rechtsextremen und putinnahen Kanälen verbreitete Narrativ des »Sozialtourismus« auf. Er verwies auf Flüchtlinge aus der Ukraine, die für den Bezug von Sozialleistungen zwischen Deutschland und der Ukraine hin und herpendeln würden¹⁸. In eine ähnliche Kerbe, jedoch weniger auf der

(17) <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/gasmangellage-gaskrise-kemfert-russland-101.html> [03.11.2022]

(18) Dazu auch <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/merz-sozialtourismus-101.html> [03.11.2022]. Zudem griff er damit ein Narrativ auf, welches bereits vor gut 10 Jahren in

Ebene von Migrationspolitiken, schlug der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU). In den Diskussionen um das geplante »Bürgergeld« mahnte er, dass die Leistungen »auf Kosten derer gehen, die fleißig arbeiten«. Damit wird erstens unterstellt, Leistungsbezieher*innen würden nicht fleißig arbeiten (u.a. werden hier also Care-Arbeitende und Aufstocker*innen implizit als faul diffamiert, bzw. den anderen unterstellt, nicht arbeiten zu wollen) und zweitens, dass die Bereitstellung des Bürgergeldes denjenigen schade, die lohnarbeiten. Die Rhetorik der »sozialen Hängematte«, wie sie bereits im o.g. »Unterschichtsdiskurs« vorangetrieben wurde, wird hier etwas verklausuliert verpackt. Durch solche klassistischen Narrative werden Spaltungen evoziert, Neid, Hass und Missgunst erzeugt, oder, wie Anja Weber (DGB/NRW) es treffend auf den Punkt bringt: Es wird versucht, »Beschäftigte und Arbeitslose gegeneinander auszuspielen«. ¹⁹

Die aktivierende Sozialpolitik ab den 1980er Jahren lässt sich als eine Beschleunigerin von einer sich ökonomisierenden Gesellschaft auch abseits von wirtschaftlichen Aspekten verstehen (dazu u.a. Kessl/Otto 2005; Bröckling 2007; Leiber/Leitner 2017), die nicht nur »bis in die Mitte der Gesellschaft ein[sickert]« (Groß/Hövermann 2018, S. 112), sondern ausgehend von dort sich etabliert und legitimiert. Die hier zusammengetragenen aktuellen Diskussionen um die Bekämpfung von Armut machen dahingehend deutlich: Die Bekämpfung von Armut spielt in den Narrativen über Sozialpolitik in den gegenwärtigen Krisen im rechts-konservativen bis in die Mitte hineinreichenden politischem Spektrum kaum eine Rolle. Stattdessen werden, so ließe sich hier nachzeichnen, Rhetoriken und Narrative reaktualisiert, die potentiell Ängste in den bisher als finanziell abgesichert geltenden, tendenziell eher nicht über Migrationsbiographien verfügenden Milieus, schüren können, indem suggeriert wird, das geplante Bürgergeld würde »den privilegierten Anderen« ebendiese Privilegien kosten können. Diese Möglichkeit wird über das meritokratische Ideal befördert, welches verteidigt wird und nach welchem es für legitim erachtet wird, Statuspositionen an Lohnarbeit zu koppeln. Lohnarbeit selbst wird gesellschaftlich hierarchisierend ausdifferenziert und erzeugt darüber wieder soziale Hierarchien, die aus ethisch-moralischen Gründen eine problematische Legitimität besitzen – etwa, weil bestimmten Menschen darüber Leis-

Deutschland kursierte und ebenfalls von der CDU (Günter Krings) verbreitet wurde, und sich ebenfalls despektierlich an Menschen richtete, die aus Ost-Europäischen Ländern nach Deutschland kommen.

(19) <https://nrw.dgb.de/presse-und-social-media/++co++08ccef48-5b5d-11ed-bd74-001a4a160123> [03.11.2022]

tion aberkannt wird (dazu bspw. auch Mayer-Ahuja/Nachtwey 2021). Die Unsagbarkeiten »der Mitte« sind also nicht die nun mehr Beachtung erhaltenden Ungleichwertigkeitsideologien – diese sind ja offenbar längst sagbar (dazu auch Biskamp 2021) – sondern viel mehr die Infragestellung dieser knapp skizzierten systemimmanenten Logik.

Der Rechtspopulismus als eine dünne Ideologie (Mudde/Rovira Kaltwasser 2017) zeichnet sich so durch eine »Anbindung an [eine] rechtsradikale Wirtsdeologie [aus], die er populistisch in öffentlichen und politischen Diskursen umsetzt« (Pickel et al. 2020, S. 220), wobei er viel mehr als eine Technik oder Propagandaform gelten kann (ebd., 225). Auch T.W. Adorno (1959/2019) begreift den »neuen Rechtsradikalismus« als Ideologie, die sich insbesondere über ihre Form auszeichnet und anschlussfähig ist an verschiedenste gesamtgesellschaftliche Narrative und Rhetoriken, wie sie hier als »kulturelle Brücken« in Spuren nachgezeichnet wurden.

⇒ 5 Problematischer Schulterschluss oder Wahlverwandtschaft?

Dass man »[f]ür fast jede in den letzten Jahren getätigte skandalöse Äußerung aus den Reihen der AfD [...] eine Entsprechung aus vergangenen Jahrzehnten« findet, zeichnet Floris Biskamp (2021, S. 39) nach – und dass »die Äußerungen damals aus der gesellschaftlichen ›Mitte‹ kamen und auch nicht in allen Fällen so laut skandalisiert wurden wie es heute der Fall ist«. Dies macht die Äußerungen nicht weniger problematisch, sondern hebt stattdessen das in der Gesellschaft existierende, lange Jahre nicht beachtete Potential in Bezug auf problematische Ablehnungskonstruktionen hervor, welches sich identifizieren lässt, indem man die Äußerungen, Rhetoriken und Narrative rekonstruktiv aufschlüsselt. Floris Biskamp schlägt stattdessen vor, von einer »ambivalenten Liberalisierung« zu sprechen, die einerseits neue Ungleichheiten hervorbringt, jedoch auch »Grundlage für Ideologien der Ungleichwertigkeit« bietet (2021, S. 45).

»Es ist ein klassisches Stilmittel des Agitators, zwar über die Armut, nicht aber über ihre wirtschaftlichen Ursachen zu sprechen« (Pickel et al. 2020, S. 224), wie an den obigen Auszügen deutlich werden sollte. Diese Unsagbarkeit teilen die verschiedenen politischen Lager. Worin sich die hier skizzierten Rhetoriken ähneln, ist das Verschweigen darüber, dass es sich bei dem hier skizzierten Themenkomplex Armut und die »soziale Frage« um drastisch beschleunigte und radikalisierte ge-

samtgesellschaftliche Probleme handelt²⁰. Das neuerliche Mobilisierungspotential rechter Agitator*innen besteht damit in der »Möglichkeit der permanenten Deklassierung von Schichten, die ihrem subjektiven Klassenbewusstsein nach durchaus bürgerlich waren, die ihre Privilegien, ihren sozialen Status festhalten möchten [...]. Diese Gruppen [...] verschieben die Schuld an ihrer eigenen potentiellen Deklassierung nicht etwa auf die Apparatur, die das bewirkt« (Adorno 1959/2019, S. 10), sondern auf die politischen, migrantisierten oder klassenbezogenen als »Anders« markierten, denen sie die Schuld zuschreiben, ihren Status zu gefährden.

(20) Wobei für die gegenwärtige Lage nicht der massive Anteil der ideologischen und völkischen Großmachtsfantasien eines russischen Oligarchen verschwiegen werden darf.

⇒ Literaturverzeichnis

Adorno, Theodor, W. (1959/2019): *Aspekte des neuen Rechtsradikalismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Amlinger, Caroline, & Nachtwey, Oliver (2021): Sozialer Wandel, Sozialcharakter und Verschwörungsdenken in der Spätmoderne. *ApuZ*, online: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/verschwuerungstheorien-2021/339278/sozialer-wandel-sozialcharakter-und-verschwuerungsdenken-in-der-spaetmoderne/#footnote-target-6> [23.10.2022].

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Biskamp, Floris (2021). Rechtsruck, welcher Rechtsruck? In: Baum, Markus; Breidung, Julia Maria; Spetsmann-Kunkel, Martin (Hrsg.) (2021): *Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft. Rassismus, Rechtspopulismus und extreme Rechte zum Thema machen*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 33–48.

Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2021). Sechster Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Als PDF: https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/sechster-armuts-reichtumsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=6 [03.11.2022]

Chassé, Karl-August (2011): *Unterschichten in Deutschland. Materialien zu einer kritischen Debatte*. Wiesbaden: VS.

Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2021): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus-Studie 2020*. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Frei, Nadine; Schäfer, Robert; Nachtwey, Oliver (2021): Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine soziologische Annäherung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 34(2), 249–258.

Friedrich, Sebastian (Hrsg.) (2020): *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der »Sarrazindebatte«* (3. Aufl.). edition assemblage.

Groß, Eva; Hövermann, Andreas (2018): Marktförmiger Extremismus. Abwertung, Ausgrenzung und Rassismus vor dem Hintergrund einer

Ökonomisierung der Gesellschaft. In: Gomolla, Mechtild; Kollender, Ellen; Menk, Marlene (Hg.): *Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland*. Weinheim: Beltz, S. 110–126.

Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen. Rechte Bedrohungsallianzen 1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (2012): Rohe Bürgerlichkeit. Bedrohungen des inneren Friedens. *Wissenschaft & Frieden*, 2/2012, 39–41.

Hentschel, Christine (2021): »Das große Erwachen«: Affekt und Narrativ in der Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen. *Leviathan*, 49(1), 62–85.

Hessel, Florian; Chakkarath, Pradeep; Luy, Mischa (Hrsg.) (2022): *Verschwürungsdenken. Zwischen Populärkultur und politischer Mobilisierung*. Marburg: Psychosozial-Verlag.

Kerle, Anja (2022). Bürgergeld. Umbenennung statt Erneuerung. WerkstattBlog ITES: <https://www.ites-werkstatt.de/buergergeld-umbenennung-statt-erneuerung/> [04.11.2022].

Kessler, Fabian; Klein, Alex; Landhäußer, Sandra (2012): Armut und Prekarisierung von Adressatinnen Sozialer Arbeit. In: Thole, Werner (Hg.): *Grundriss Soziale Arbeit*. Wiesbaden: VS, S. 541–547.

Kessler, Fabian; Otto, Hans-Uwe (2003): Aktivierende Soziale Arbeit. Anmerkungen zur neosozialen Programmierung der Sozialen Arbeit. In: Dahme, Heinz-Jürgen; Otto, Hans-Uwe; Trube, Achim; Wohlfahrt, Norbert (Hg.): *Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat*. Wiesbaden: VS, S. 57–73.

Kohlrausch, Bettina (2022): Rechtspopulismus und Armut. In: Marquardsen, Kai (Hg.): *Armutsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. Nomos.

Lamberty, Pia; Holnburger, Josef; Gedecke Tort, Maheba (2022): CEMAS-Studie: Das Protestpotential während der COVID-19-Pandemie. Online: <https://cemas.io/blog/protestpotential/> [04.11.2022]

Leiber, Simone; Leitner, Sigrid (2017). Sozialpolitik. In: Kessler, Fabian; Kruse, Elke; Stövesand, Sabine; Thole, Werner (Hg.): *Soziale Arbeit. Kernthemen – Problemfelder*. Opladen, Toronto: Barbara Budrich, S. 106–115.

Lob-Hüdepohl, Andreas (2018): Kirche gegen Rechtspopulismus – auch in den eigenen Reihen. In: Edmunds, B. (Hg.): *Christliche Sozial-ethik – Orientierung welcher Praxis?* Baden-Baden: Nomos, 237–260.

Lutz, Ronald (2022): Armut. Zur Dynamik der Normalisierung. In: Marquardsen, Kai (Hrsg.): *Armutsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis.* Nomos, S. 397–411.

Mayer-Ahuja, Nicole; Nachtwey, Oliver (Hrsg.) (2021): *Verkannte Leistungsträger:innen. Berichte aus der Klassengesellschaft.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Möller, Kurt; Grote, Janne; Nolde, Kai; Schuhmacher, Nils (2016): Mit KISSeS gegen PAKOs. Wie die pädagogische Praxis mit pauschalisierenden Ablehnungshaltungen umgehen kann. *Deutsche Jugend*, 9, S. 387–397.

Mudde, Cas; Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2017): *Populism. A Very Short Introduction.* Oxford: University Press.

Paritätischer Gesamtverband (2022): Zwischen Pandemie und Inflation. Paritätischer Armutsbericht 2022. PDF: <https://www.der-paritaetische.de/themen/sozialpolitik-arbeit-und-europa/armut-und-grundsicherung/armutsbericht-2022/> [Letzter Zugriff am 01.11.2022].

Pickel, Gert; Fritsche, Immo; Lengfeld, Holger; Decker, Oliver; Hoppe, Annedore; Yendell, Alexander (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Rechtspopulismus in der empirischen Forschung. In: Deitelhoff, Nicole; Groh-Samberg, Olaf; Middell, Matthias (Hg.): *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog.* Frankfurt am Main: Campus.

Schildbach, Ina (2019). »Die neue deutsche Soziale Frage« – Armut und Sozialstaatsversagen als Grund für rechtspopulistischen Erfolg? In: Boehnke, Lukas; Thran, Malte; Wunderwald, Jacob (Hg.): *Rechtspopulismus im Fokus. Theoretische und praktische Herausforderungen für die politische Bildung.* Wiesbaden: VS, 73–88.

Sehmer, Julian; Simon, Stephanie; Ten Elsen, Jennifer; Thiele, Felix (2021): Zivilgesellschaft und rechte Dynamiken – Versuch einer ersten systematischen Einführung. In: Sehmer, Julian; Simon, Stephanie; Ten Elsen, Jennifer; Thiele, Felix (Hg.): *recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen.* Wiesbaden: VS, S. 1–17.

Strobl, Natascha (2021). *Radikalisierter Konservatismus.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Thole, Werner (2020): Problematische Ablehnungskonstruktionen. Sozialstaat, Gemeinschaft und Erziehung in rechtspopulistischen Sprachspielen und Rhetoriken. *Sozial Extra*, 44, S. 107–112.

Thole, Werner; Simon, Stephanie (2022). Der Kältestrom des »Solidarischen Patriotismus«. Über nationalkonservativen Neoliberalismus und nationalistisch getönte »Kapitalismuskritik«- sozialpolitische Narrative der neuen Rechten. In: Gille, Christoph; Chehata, Yasmine; Jagusch, Birgit (Hg.): *Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit*. Weinheim: Beltz Juventa, S. 77–94.

Wimmer, Christoph (2021): *Lumpenproletariat. Die Unterklassen zwischen Diffamierung und revolutionärer Handlungsmacht*. Stuttgart: Schmetterling Verlag.

Widersprüche (2005): Klassengesellschaft reloaded. Zur Politik der »neuen Unterschicht«. Heft 98. Bielefeld.

Zitationsvorschlag:

Simon, Stephanie (2022): Rechte Narrative sozialstaatlicher Forderungen im Kontext der Bekämpfung von Armut (Ethik und Gesellschaft 2/2022: Narrative der Sozialpolitik - Narrative der Sozialstaatskritik). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2022-art-5> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialetik

2/2022: Narrative der Sozialpolitik - Narrative der Sozialstaatskritik

Tanja Klenk

Narrative der Sozialstaatsreform erforschen.
Zum Stand und den Perspektiven der Narrativ-Analyse in der Sozialpolitikforschung

Johanna Kuhlmann

Vom Problem zur Lösung?
Narrative Konstruktionen des Wohlfahrtsstaats und ihre Dynamiken in der Bundesrepublik Deutschland

Christoph Butterwegge

Arme und Arbeitslose im Zerrspiegel der Massenmedien.
Narrative im Mediendiskurs über Hartz IV und Bürgergeld

Matthias Möhring-Hesse

Vom gewährleistenden Staat zum »Gewährleistungsstaat« – und (vielleicht) zurück.
Sozialpolitik über die Verantwortung des Staates für Gemeingüter

Stephanie Simon

Rechte Narrative sozialstaatlicher Forderungen im Kontext der Bekämpfung von Armut